

## Bern



Beim Schönausteg wird es keinen neuen Aareinstieg geben. Foto: Tobias Anliker

## Klatsche für Wyss: Stadtrat versenkt neue Aaretreppe

Zu hohe Kosten, zu geringer Nutzen: Gemeinderätin Ursula Wyss erleidet mit dem neuen Aareinstieg beim Schönausteg Schiffbruch.

### Christoph Lenz

Nein, von einem Fehlstart der SP-Gemeinderätin kann man gewiss nicht sprechen. Schliesslich ist Alt-Nationalrätin Ursula Wyss bereits seit über einem Jahr Mitglied der Berner Stadtregierung. Aber eine bittere Niederlage war es auf jeden Fall, die ihr der Stadtrat gestern Abend zufügte. Ausgerechnet beim ersten Geschäft, das massgeblich unter ihrer Führung entwickelt worden war.

Die Krönung dieser erstaunlichen Sitzung: Selbst die eigene, für ihre Loyalität gegenüber ihren Regierungsmitgliedern berühmte Fraktion verweigerte Ursula Wyss die Gefolgschaft. Nur gerade 4 von 23 Genossen stimmten dem 440 000-Franken-Baukredit für einen neuen Aareinstieg beim Schönausteg zu. Insgesamt wurde das Projekt mit 58 Nein zu 7 Ja-Stimmen versenkt.

### Projekt feinsäuberlich zerlegt

Obwohl schon seit Monaten feststand, dass das Projekt im Stadtrat keine Mehrheit finden würde, liess es sich keine Fraktion nehmen, Wyss' Sicherheitsprojekt feinsäuberlich zu zerlegen und die Widersprüchlichkeit des Unterfangens nach allen Regeln der Kunst genüsslich vorzuführen. Eine bittere Pille. Zumal Wyss es doch eigentlich nur gut gemeint hatte.

Im Sommer 2012 war ein Brückenspringer vom Schönausteg auf einen Aareschwimmer geprallt. Das Opfer, ein damals 13-jähriger Bub, erlitt schwere Verletzungen. Medien berichteten ausführlich über den Fall, Fachleute schalteten sich ein, schliesslich auch die Politik. Damals waren sich alle einig: Das Brückenspringen vom Schönausteg ist zu gefährlich. Da muss etwas unternommen werden.

In der Folge prüfte eine Gruppe von Fachleuten mit der Stadtverwaltung verschiedene Möglichkeiten, um die Sicherheit für Aareschwimmer zu verbessern. Darunter: Die Montage von Sicherheitsnetzen, die es Springern verunmöglichen hätten, in Flussrichtung zu springen. Erwogen wurde auch eine bessere Signalisation – eine «Verkehrsregelung» für Schwimmer und Springer. Schliesslich sprach sich die Expertengruppe für einen neuen Einstieg unterhalb des Schönaustegs aus, der Gemeinderat ergänzte das Projekt mit einer Dusche und einem Betonwall, der die Flussgeschwindigkeit reduzieren sollte.

So würde Aareschwimmern die Möglichkeit geboten, die gefährliche Passage zu meiden und Eigenverantwortung wahrzunehmen, erklärte Wyss im Rat. Der Stadtrat indes wollte nicht hören. Wegen der Kosten, wegen des Nutzens, im Grunde genommen wegen allem.

«Wir brauchen die Treppe nicht», rief GLP-Stadtrat Daniel Imthurn für die Kommission in den Ratssaal. Viele Schwimmer, die Gummibötlern sowieso, kämen trotzdem unter der Brücke durch. «Deshalb bringt die neue Treppe zu wenig.» Imthurns Rezept: «Schwimmer und Springer müssen ihre Eigenverantwortung wahrnehmen.»

### «Bringt nichts»

Diesen Argumenten pflichteten alle Fraktionen bei. Stéphanie Penher (GB) verwies zudem auf den Irrglauben, dass eine absolute Sicherheit möglich sei: «Was kommt als Nächstes? Zäunen wir das ganze Aareufer ein? Entfernen wir die Sprungbretter aus den Hallen- und Freibädern?»

Sicherheitstechnisch bringe Wyss' Bauprojekt nichts, war auch SP-Sprecher David Stampfli überzeugt. Er forderte den Gemeinderat lediglich auf, die im vergangenen Sommer lancierten Sensibilisierungsmassnahmen fortzusetzen.

Auf bürgerlicher Seite stiess das Projekt auf ebenso wenig Sympathie: Die FDP mache bei dieser «Luxuslösung» nicht mit, erklärte Bernhard Eicher. SVP-Sprecher Alexander Feuz forderte Mut von Ursula Wyss und dem Stadtrat: «Hinsehen und sagen, dass wir mit verhältnismässigem Aufwand keine Verbesserung erreichen – das müssen wir tun.»

## Den Tätern von Linden droht die Ausweisung

Obergericht bestätigt Strafen gegen drei Männer, die einen Raubversuch verübten.

Das bernische Obergericht hat die unbedingten Strafen gegen drei der vier Männer bestätigt, die Dutzende von Einbrüchen im Raum Bern und einen Raubversuch in Linden verübten. Angesichts der Strafen zwischen 48 und 56 Monaten droht ihnen nun die Ausweisung.

Darüber muss das kantonale Amt für Migration entscheiden, wenn das Urteil des Obergerichts rechtskräftig ist. Die insgesamt vier Verurteilten aus Mazedonien, Serbien und Kosovo können gegen das gestern bekannt gegebene Urteil aber noch Beschwerde beim Bundesgericht einlegen – oder sie können die Schweiz von sich aus verlassen.

In der Nacht zum 17. April 2011 waren drei maskierte Männer in eine Sozialwohnung in Linden eingedrungen und hatten eine Frau mit Kindern bedroht. Ein vierter Mann wartete draussen im Auto. Ein fünfter hatte den Tipp gegeben, wonach sich in der Wohnung viel Bargeld befände und der Familienvater ausser Haus sei.

Die Männer fanden kein Geld und zogen ohne Beute ab. Sie flogen kurze Zeit später in Zusammenhang mit einem Einbruch auf. Alle fünf wurden in erster Instanz unter anderem wegen versuchten bandenmässigen Raubes verurteilt.

### Mildere Strafe für Tippgeber

Einer akzeptierte das Urteil, drei blitzten jetzt vor Obergericht ab. Nur einer der Beschuldigten erhielt eine mildere Strafe: der Tippgeber im Fall Linden. Nach Überzeugung des Obergerichts hat er sich zwar der Mittäterschaft schuldig gemacht, gehörte aber nicht der Bande an. Er war «nur» in zwei weitere Delikte verwickelt. Seine Strafe wurde von 30 auf 18 Monate korrigiert. Allerdings wurde noch eine bedingte Vorstrafe von 16 Monaten widerrufen. Der Mann muss deshalb insgesamt 34 Monate hinter Gitter.

Im Wesentlichen stützte das Obergericht den Entscheid der Vorinstanz. Das Sündenregister der Beschuldigten sei lang, doch besonders schwer falle der Raubversuch in Linden ins Gewicht. Nur in diesem Fall hätten sich die Männer maskiert, und sie seien sich bewusst gewesen, dass sich diesmal Menschen im Haus befunden hätten.

Zwar müsse man davon ausgehen, dass die vorgehaltene Waffe eine Spielzeugpistole gewesen sei, räumte Oberrichterin Franziska Bratschi ein. Das aber habe die Frau nicht wissen können, die zudem von den Kriegswirren in ihrer Heimat auf dem Balkan traumatisiert sei. Zudem hätten die Täter den 16-jährigen Sohn der Frau in den Schwitzkasten genommen und mit einem Schraubenzieher bedroht.

### Auf freiem Fuss

Einer der fünf Verurteilten befindet sich im vorzeitigen Strafvollzug. Die vier anderen Täter von Linden sind auf freiem Fuss. (sda)

Anzeige



Hans Grunder  
Nationalrat BDP  
Hasle-Rüegsau

«Die Initiative ist keine Lösung, weil sie Personenfreizügigkeit und das Asylwesen miteinander vermischt.»

am 9. Februar  
**NEIN!**

**SVP-Abschottungsinitiative**

www.bilaterale.ch  
Komitee Nein zur SVP-Abschottungsinitiative, Postfach 5835, 3001 Bern

### Kurz

#### Epsach

#### Raser musste Billett an Ort und Stelle abgeben

Einer Polizeipatrouille der Kantonspolizei Bern fiel am späten Mittwochabend ein Auto auf, welches von Nidau in Richtung Epsach unterwegs war. Zwischen den Ortschaften Bellmund und Hermingen beschleunigte das Auto ausserorts jeweils stark, wie die Kantonspolizei in einer Mitteilung schreibt. Zwischen Hermingen und Epsach führte die Polizeipatrouille auf dem Mühligässli eine Nachfahrmessung durch. Die Messung ergab eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 134 km/h statt der erlaubten 60 km/h. Nach Abzug der vorgesehenen Toleranzen ergab sich eine Geschwindigkeitsüberschreitung von 63 km/h. Das Auto wurde in der Folge in Epsach zur Kontrolle angehalten. Dem Autofahrer wurde der Führerausweis vor Ort abgenommen, und das Auto wurde vorübergehend sichergestellt. Der Mann wird sich im Rahmen der Raserstrafnorm vor der Justiz verantworten müssen. (pkb)

#### Hinterkappelen

#### Mehr Schulraum für Kindergärten nötig

Ende 2013 wies die neuste Schulstatistik nach, dass in Hinterkappelen auf das Schuljahr 2015/16 die Führung einer fünften Kindergartenklasse nötig wird. Dies teilt die Gemeinde Wohlen mit. Diese zusätzliche Kindergartenklasse wird das bereits vorhandene Raumdefizit in der Primarschule Hinterkappelen noch verschärfen. Der Gemeinderat strebt gemäss Mitteilung eine Lösung an, die am Standort Hinterkappelen «langfristig und nachhaltig die Raumprobleme des Kindergartens sowie der Primarschule löst». In der ersten Phase soll auf dem Areal der Primarschule Kappelenring ein zweckmässiger und polyvalent nutzbarer Neubau erstellt werden. Dieser soll in einem für den Schulbetrieb optimierten Holzbau-Modulsystem realisiert werden. So könne auf das Schuljahr 2015/16 der dringend nötige Schulraum zur Verfügung gestellt werden, heisst es in der Mitteilung weiter. (pd)

**Feature** SVP-Stadtrat und Reizfigur Erich Hess wird auch mit Stimmen von links aussen als Präsident der Aufsichtskommission gewählt. *Christoph Lenz*

## Das doppelte Wunder von Bern

Es gibt in der deutschen Sprache bekanntlich reich verzweigte Möglichkeiten, die Erscheinungen des politischen Tagesgeschäfts bildlich, und damit verständlich, zu beschreiben. Das gibt es natürlich auch anderswo. Zum Beispiel im Bereich der Hochgeschwindigkeitsmobilität, wo es kürzlich dank der Wortschöpfung «Bagger-Depp» gelang, eine interessante Sache zu benennen und sie so aus dem finsternen Reich des Unaussprechlichen ins Licht des Diskurses zu heben.

Aber zurück zur Politik. Hartes Brot, schwere Kost, mahlende Mühlen, dicke Bretter – nirgends sind die Bilder so sehr darauf abgerichtet, beim Benutzer Gefühle des Verdrusses, der Appetitlosigkeit, der Müdigkeit und, ja, auch des Schmerzes auszulösen. Schon Epikur

sprach vom Gefängnis der Politik, aus dem wir uns befreien sollten. Fazit: Politik ist trostlos. Wunder passieren anderswo.

Manchmal aber flackert selbst im dunkelsten Tal ein heiteres Lichtlein auf. Im Berner Stadtrat ereignete sich gestern gar ein doppeltes Mirakel. Das erste war quasi eine unbefleckte Empfangnis. Die Rolle der Jungfrau Maria fiel dabei auf SVP-Haudegen Erich Hess. Das Stadtratssekretariat versah seine Kandidatur für den Vorsitz der Aufsichtskommission mit der Bemerkung «Vizepräsident 2013» – dies, obwohl Hess erst vor eineinhalb Monaten als Ersatz für seine Fraktionskollegin Karin Hess-Meyer ins Gremium geschickt wurde und 2013 an keiner ordentlichen Sitzung der Aufsichtskom-

mission die Pflichten des Vizepräsidenten versah.

Es darf angenommen werden, dass diese erste Offenbarung das links-grün dominierte und bezüglich Erich Hess traditionell etwas störrische Stadtparlament in eine versöhnliche Stimmung versetzte. Am Abend wurde Hess mit nur 13 Gegenstimmen und nicht zuletzt dank vereinzelter Unterstützung von PDA, GB und SP deutlich (42 Stimmen) zum Präsidenten der Aufsichtskommission ernannt.

Welches Sprachbild hier passt, jenes von der Faust auf dem Auge oder jenes vom Bock und dem Gärtner? Wir verkneifen uns ein vorschnelles Urteil. Denn eines ist, allen Unkenrufen zum Trotz, sicher: Wunder geschehen. Auch in der Politik.

## Espinoza ist jetzt die höchste Stadtbernerin

Tania Espinoza Haller präsidiert 2014 das Berner Stadtparlament. Der Stadtrat hat die GFL-Frau gestern turnusgemäss zur neuen höchsten Stadtbernerin gewählt. Die Wahl Espinozas erfolgte einstimmig. Die grüne Stadtratspräsidentin übernimmt das Amt von Rudolf Friedli (SVP). Die 43-jährige Tania Espinoza Haller gehört dem Berner Stadtrat seit 2009 an. 2012 kandidierte sie erfolglos für den Gemeinderat. Sie arbeitet als Schulinspektorin beim Kanton. In ihrem Amtsjahr will sie als «faire Schiedsrichterin» dafür sorgen, dass die parlamentarischen Spielregeln in einer Atmosphäre gegenseitigen Respekts eingehalten werden.

### Grosjean wird Vizepräsident

Zum ersten Vizepräsidenten des Gremiums wählte der Stadtrat am Donnerstag den Grünliberalen Claude Grosjean, zweiter Vizepräsident wird der SP-Vertreter Thomas Göttin. (sda)

## SVP alleine gegen Syrien-Hilfe der Stadt Bern

Die Stadt Bern hat im vergangenen November einen Beitrag von 10 000 Franken geleistet, um «das gewaltige Elend in Syrien» zu lindern und die notleidende Bevölkerung zu unterstützen. Die an die Caritas ausgerichtete Spende sorgte jüngst für Diskussionen, da kaum feststellbar ist, ob die Hilfe auch tatsächlich bei der bedürftigen Bevölkerung ankommt (der «Bund» berichtete). SP-Stadträtin Katharina Altas, die in einem Vorstoss einen «namhaften Beitrag» für Syrien gefordert hatte, zeigte sich gestern im Stadtrat nicht restlos zufrieden mit dem Gemeinderat: «Angesichts der katastrophalen Lage hätte ich einen grosszügigeren Beitrag erwartet.» Sie behalte sich vor, dieses Jahr einen weiteren Vorstoss für die Syrien-Hilfe einzureichen. Auf Ablehnung stiess das Postulat von Altas einzig bei der SVP: Während 63 Parlamentarier den Vorstoss für erheblich erklärten, lehnte dies die SVP-Fraktion ab. (len)